

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1924**

489 (12.11.1924) Abendausgabe

# Karlsruher Tagblatt

## Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

Bezugspreis: halbmöndlich 1.30 Goldmark frei Haus. In unserer Geschäftsstelle oder in unseren Agenturen abgeholt 1.20 Goldmark. Einzelverkaufspreis: Werttag 10 Goldpfennig, Sonntag 15 Goldpfennig. Durch die Post bezogen monatlich 2.60 Goldmark ausschließlich Zustellgeld. Im Falle höherer Gewalt hat der Besteller keine Ansprüche bei verspäteter oder Nichterscheinen der Zeitung. Abbestellungen werden nur bis 25. auf den folgenden Monatsbeginn angenommen.

Chefredakt. G. v. Laer. Verantwortl. f. D. Post: Fris (Hilfshilf) für den Nachrichten-Teil: Hans Vogt; für Wirtschaft, Stadt u. D. v. Laer; für Feuilleton: G. v. Laer; für „Pyramide“: Karl Joho; für Inserate: G. Schreyer; f. d. in Karlsruhe. Druck u. Verlag E. J. Müller, Karlsruhe, Ritterstr. 1. Berliner Redaktion: Dr. Ad. Jäger, Berlin-Steglitz, Sedanstr. 17. Telefon: Ami Steglitz 1179. Für unverlangte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Sprechstunde der Redaktion: 11-12 Uhr.

Illustrierte Beilage / Unterhaltungsbeilage / Der Lesekreis / Literaturbeilage / Technik / Für die Frauen / Wandern u. Reisen / Turn- u. Sportzeitung / Ratgeber f. Landwirtschaft u. Tierzucht

### Mussolini zur Diktatur bereit.

#### Eine Unterredung mit dem italienischen Ministerpräsidenten.

1. Paris, 12. Nov. Mussolini hat in einer Unterredung mit dem römischen Vertreter der „Chicago Tribune“ seiner Ansicht Ausdruck verliehen, evtl. wenn nichts anderes übrig bleibe, zum äußersten Mittel zu greifen, d. h. zur Auflösung des Parlaments und zur Verkündung der Diktatur. Obwohl nach der Auffassung der öffentlichen Meinung in Italien die Ermordung Matteotti's Mussolini den schwersten Schlag verleiht hat, zeigt Mussolini eine unerschütterlich feste Haltung. Ich halte die Possibilitäten im Schach. Wenn ich ihnen die Möglichkeiten lassen würde, würde es mit der Opposition aus sein. Sie zittern vor Furcht. Die Vertreter der Opposition wenden sich daher um Schutz an mich.

#### Eine letzte Warnung an Mussolini.

1. Rom, 12. Nov. In der Kundgebung, die der Hauptverband der Vereinigung ehemaliger Kriegsteilnehmer an das italienische Volk veröffentlicht, heißt es u. a.: Wir richten an die beiden Kammern und alle Mitglieder der Regierung die formale Einladung, auf die Stimme des Landes zu hören und die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Gewalttaten ein Ende zu bereiten und dem Gesetz zu seiner Anerkennung zu verhelfen. Die Erklärung beschäftigt sich weiter mit der Tatsache, daß die Regierung weder den Willen noch die Kraft haben werde, um dem Lande den Frieden wieder zu geben. Die italienische Bevölkerung, insbesondere das Parlament, mögen ihren Einfluß auf die Machthaber ausüben. Zum Schluss enthält das Manifest bedeutungsvolle Anspielungen auf die Aufgaben des Herrschers. Die Erklärung ist jedoch nicht als Kriegserklärung der ehemaligen Kriegsteilnehmer an die Regierung anzufassen. Dem „Corriere della Sera“ wird dazu aus Rom gemeldet, daß in politischen Kreisen das Manifest der ehemaligen Kriegsteilnehmer an die Regierung als letzte Aufforderung beurteilt wird. Die schwere Lage, in der sich das Land befindet, zu ändern. Die politische Situation, so fährt der „Corriere della Sera“ fort, müsse als äußerst kritisch angesehen werden. Die Kammer geht unter ungünstigen Vorbedingungen für die Regierung an die Arbeit. Die parlamentarische Majorität sei ernstlich erschüttert.

#### Die Beilegung des Eisenbahnerstreiks in Oesterreich.

1. Wien, 12. Nov. Die gestern nachmittag beendeten Verhandlungen zwischen der Generaldirektion der Bundesbahnen und den Vertretern der drei Eisenbahngewerkschaften führten, wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, zu einer grundsätzlichen Übereinkunft in Bezug auf den Vorschlag der Generaldirektion. In diesem Vorschlag geht die Generaldirektion der Bundesbahnen über die vor Ausbruch des Streiks gemachten Zugeständnisse für dieses Jahr nicht hinaus, erklärt sich jedoch bereit, im kommenden Jahre in der Frage der Besoldungsreform weitere Zugeständnisse zu machen. Die gestern getroffenen Vereinbarungen werden den für heute einberufenen Vertrauensmännern vorgelegt und, wie es heißt, von den Vertretern der sozialdemokratischen und christlichsozialen Eisenbahngewerkschaft zur Annahme empfohlen werden. Auch die Vertreter der Deutschen Verkehrsgewerkschaft, deren Mitglieder in der Mehrheit der nationalsozialistischen Partei angehören, dürften, wie aus ihren Kreisen verlautet, keine Schwierigkeiten machen, so daß mit der Beendigung des Eisenbahnerstreiks für heute gerechnet wird. Der Verkehr dürfte jedoch kaum vor Donnerstag früh aufgenommen werden.

#### Die österreichische Regierungskrise.

1. Wien, 12. Nov. Die mit Spannung erwartete Sitzung des Nationalrats nahm einen ruhigen Verlauf. Die Abgeordneten waren fast vollständig erschienen. Die Ministerkabinett war voll. Bundeskanzler Dr. Seipel und die übrigen Minister hatten Eide bei ihren Parteien eingegeben. Die Tribünen waren überfüllt. Präsident Mikas verlas das Schreiben

des Bundeskanzlers, in dem von der Demission der Gesamtregierung und ihrer Betrauung mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte Mitteilung gemacht wird. Er berief darauf für heute eine halbe Stunde nach Schluß der Sitzung den Hauptauschuß, damit dieser seiner verfassungsmäßigen Pflicht entspreche. Samenberg (Soz.) erklärte, daß die Sozialdemokraten die Absicht gehabt hätten, den Eisenbahnerstreik im Wege einer dringenden Anfrage im Hause zur Sprache zu bringen, aber mit Rücksicht auf die Verhandlungen, die heute mittag begonnen hätten, dies unterließen. Das Haus müsse jedoch Gelegenheit erhalten, so rasch wie möglich über die Angelegenheit öffentlich zu sprechen. w. Wien, 12. Nov. Der Hauptauschuß hat in seiner an die Sitzung des Nationalrates sich anschließenden Sitzung mit den Stimmen der Regierungsparteien beschlossen, dem Bundeskanzler Dr. Seipel zu beauftragen, dem Hauptauschuß Vorschläge wegen der Neubildung der Regierung zu unterbreiten.

#### 3. R. 3 von Amerika übernommen.

1. New York, 12. Nov. Nachdem Marineoffizier Wilbour die Papiere unterzeichnete, durch die 3. R. 3 offiziell in den Besitz der Vereinigten Staaten übergegangen ist, wird Staatssekretär Hughes die deutsche Regierung benachrichtigen. Die Laus der des Schiffes auf den Namen „Los Angeles“ soll schon in den nächsten Tagen erfolgen. Der Zeppelein wird dann verschiedene Probefahrten unternehmen und wahrscheinlich New York, Philadelphia und Washington besuchen. In Marinekreisen wird der Plan einer Einrichtung eines dauernden Transozean-Verkehrs für Passagiere und Frachten erwogen. Dr. Edener wird sich heute in Washington verabschieden und am 15. November die Heimreise nach Deutschland antreten. Marineoffizier Wilbour erklärte Pressevertretern, das Zeppelein-Luftschiff werde unter amerikanischer Bemanning bemessen, was es für den Handelsverkehr auf langen Strecken glänzend zu verwenden sei. Zum Abschied Dr. Edeners meinte „New York Herald“, der deutsche Führer werde bald nach Amerika zurückkehren, um für die Goodyear-Zeppelein-Gesellschaft zu arbeiten.

#### England und die Beschränkung der deutschen Luftfahrt.

1. London, 12. Nov. „Daily Telegraph“ beschäftigt sich eingehend mit den Beschränkungen, die von den Alliierten der deutschen Luftfahrt auferlegt sind. Das Blatt ist der Überzeugung, daß Deutschland nach dem 15. November allen ausländischen Flugzeugen, die nicht den von den Alliierten für Deutschland erlassenen Vorschriften entsprechen, das Überfliegen deutschen Gebietes verboten werden. Durch diese Sperre würden die englischen Flugzeuge an der Durchführung des London-Berliner Dienstes verhindert. Die Regelung des ganzen Problems, das bisher am Widerstand Frankreichs scheiterte, sei der Prüfung für die Transatlantik der englisch-französischen Beziehungen gegenüber einer Verständigung mit Deutschland.

#### Zustimmung für Baldwin.

1. London, 12. Nov. Die Rede Baldwin's auf dem Guild-Hall-Bankett hat eine gute Presse. Alle Blätter sind von der zurückhaltenden, aufrichtigen, keine Illusionen verurteilenden Art des neuen leitenden Ministers sehr eingenommen. Man hofft, daß die Zusammenarbeit zwischen Paris und London in der alliierten Politik durch Baldwin's Bemerkungen über Frankreich in unmittelbare Nähe gerückt sei und daß diese Zusammenarbeit schon durch die Betonung der englischen Vertragsstreue wesentlich erleichtert worden sei.

#### Macdonald auf Urlaub.

1. London, 12. Nov. Der Vollzugsrat der Arbeiterpartei beschloß, um die Spaltung in der Arbeiterpartei nicht zu vergrößern, Mac Donald weiter als Führer zu behalten. Doch gleichzeitig wurde beschlossen, daß der Gesundheitszustand des ehemaligen Ministerpräsidenten lange Ferien notwendig mache. Daher wird man in etwa 14 Tagen Mac Donald auf eine Reise nach Südamerika schicken, die etwa drei Monate dauern dürfte. Es heißt, man habe Mac Donald ferner das Versprechen abgezwungen, keine wichtigen Entscheidungen zu treffen, ohne die anderen Führer, wie Snowden, Henderson, Clynes und Thomas zu Rate zu ziehen. Während der Abwesenheit Mac Donald's wird Snowden als stellvertretender Parteiführer amtierend. Der Vollzugs-

rat beschloß ferner, die Intelligenzabteilung der Partei zu beauftragen, verschiedene politische Pläne zu entwerfen und zwar unter Berücksichtigung der Frage, ob die Arbeiterpartei mit den Liberalen zusammengehen soll. Ferner wurde beschlossen, sofort sich sämtlicher kommunistischen Elemente zu entledigen.

#### Der Konflikt Rupprecht-Ludendorff

1. München, 12. Nov. Der Reichsverband des Deutschösterreichischen Offiziers erklärt in der Angelegenheit des Kronprinzen Rupprecht gegen General Ludendorff folgende Erklärung: 1. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kronprinzen Rupprecht und General Ludendorff müssen zum Wohle des Vaterlandes und im Interesse der Eintrachtigkeit des deutschen Heeres beigelegt werden. Es müssen neue Wege zur Erreichung eines Ausgleichs eingeschlagen werden. 2. Der Deutschösterreichische Offiziersbund bekennt sich unbedingt zum monarchischen Gedanken und steht treu zu seinem König, aber auch treu zu seinem Schutzherrn Ludendorff. Mit Entrüstung hat der Deutschösterreichische Offiziersbund von dem Beschluß der 27 Generale und der Vorstandskomitee der drei bayer. Offiziersverbände Kenntnis genommen. General Ludendorff die Ständesgemeinschaft abzuprechen. Dieser Beschluß ist unhaltbar, die Geschichte wird ihn zerreißen. Die Kundgebung ist unterzeichnet von dem Kommandeur des Reichsverbandes, Generalmajor a. D. Mehter.

1. München, 12. Nov. Im Hinblick auf die verschiedenen Andeutungen Ludendorff's über die Königserklärung vom 11. November 1923 geben die Münchener Neuesten Nachrichten den Entwurf eines Aufrufs des Kronprinzen Rupprecht nach dem Hiler-Putsch im November 1923 wieder. In diesem Aufruf heißt es u. a.: Gerade am 5. Jahrestag der Revolution, die das deutsche Volk in eine traurige Hilflosigkeit verfiel, haben überhörschte Handlungen, deren vaterländische ideale Beweggründe ich keineswegs verkennen will, neues schweres Unheil geschaffen. Bayern standen gegen Bayern und Deutsche gegen Deutsche in einem Augenblick, da die fürchterliche Not alle Deutschen fester denn je zusammenzuschließen mußte. Was mich mit besonderem Schmerz erfüllt — so heißt es weiter — ist, daß diejenigen gegeneinander stehen, die alle das gleiche hohe und heilige Ziel erstreben, während mir die Wege, auf denen sie ihr Ideal zu erreichen hoffen, verschieden sind. Darum: Die Waffen nieder! Denn die Folgen des unglücklichen vierjährigen Krieges und die Trümmer einer fünfjährigen Revolutionsperiode können nicht durch einen einzigen verzweifelten Anlauf beseitigt und aufgerollt werden. Reicht Euch — so heißt es schließlich — über alle Meinungsverschiedenheiten von neuem die Hände und steht wie ehedem in fester Mannesacht, die unser und die Wurzel unserer Kraft war, und die auch die staatliche Wiedergeburt zeitigen wird, zusammen. Meinem Herzen stehen alle nahe, die guten deutschen Willens sind. Es ist der bittere Ernst der Stunde, der mich aus meiner Zurückhaltung herauszwingt. Ich wende nicht an den gefunden Sinn des Volkes. Das harte deutsche Bayern und das freie erprobte und so wohlbewusste Deutschland gehören unzerrennlich zusammen.

#### Deutsch-russische Handelsvertragsverhandlungen.

1. Lissabon, 12. Nov. Der Präsident der Handelskammer Lübeck, Kaufmann Essenburg, ist von der Reichsregierung aufgefordert worden, als Sachverständiger an den deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen teilzunehmen.

#### Amerikanische Anleihen für den privaten Wohnungsbau.

1. München, 12. Nov. Im Landtag war gestern angeregt worden, daß amerikanische Anleihen nachgesucht werden zur Förderung der privaten Bauwirtschaft. Der Sozialminister Oswald erklärte aber, man solle die amerikanische Anleihe nicht zu sehr in den Vordergrund stellen, da amerikanisches Geld nur schwer und nicht unter 10% Verzinsung zu haben sei.

#### Der Streit bei der Berliner Hochbahn.

1. Berlin, 12. Nov. Zum Streit bei der Berliner Hoch- und Untergrundbahn teilen die Blätter mit, daß als Antwort auf die von der Direktion angeordnete Rückbildung der Streikenden eine Verammlung des Verkehrspersonals beschlossen hat, unter keinen Umständen die Arbeit wieder aufzunehmen, bevor nicht die von dem Personal geforderten Forderungen bewilligt worden sind. Ein Uebergreifen auf die übrigen Berliner Verkehrsverhältnisse dürfte nicht zu befürchten sein.

### Staatsdienst und Persönlichkeit.

Von Fris Artlger, Geheimrat Regierungsrat.

Als ich meinen Aufsatz „Vor- und Ausbildung der Verwaltungsbeamten“ schrieb, kannte ich Spengler's Broschüre „Der Neubau des Deutschen Reiches“ noch nicht. Wenn ich, was die Ausbildung des Verwaltungsbeamten anbelangt, in geforderten Gedankenängeln zu einem ähnlichen Ergebnis wie Spengler in dem 2. Kapitel dieser Broschüre gekommen bin, so kommt es daher, daß wir von der gleichen Grundlage, der Notwendigkeit eines Aufbaues unter schwierigen Verhältnissen, ausgehen. Sobald Spengler aber darüber hinaus die Grundlagen des deutschen Berufsbeamtentums angreifen zu müssen glaubt und in manchen Dingen zu phantastischen Behauptungen und Vorschlägen kommt, entfernen wir uns sehr stark voneinander. Und zu diesen Ausführungen Spengler's, die geeignet sind, in den Köpfen aller derer, die dem Berufsbeamtentum fernstehen, argenlose Verwirrung anzurichten, muß einmal deutlich Stellung genommen werden.

Spengler geht davon aus, daß die Menscheit Preußen-Deutschlands in der Züchtung eines äußerst leistungsfähigen Typus nicht der Beamte, sondern der Offizier gewesen ist, und daß Wolke, der diesem Typ die letzte Vollendung gegeben hat, als der Verkörper gegenüber Bismarck deswegen angesehen werden muß, weil er im Großen Generalstab die Fortbildung dieses einzigartigen Menschentyps gefördert habe, während Bismarck „Regierung und Verwaltung, wie sie waren, ließ und nur sein eigenes Amt für seine Arbeitsweise einrichtete. Er hatte, wie Napoleon und auch die Führer der heutigen deutschen Industrie, das Bedürfnis, im Grunde alles selbst zu tun und sich nur mit Gehilfen zu umgeben, also Taten, nicht Menschen für künftige Taten zu schaffen... Bismarck entwickelte die Beamenschaft nicht... Es gab einen überlegenen Diplomaten, das war er selbst — aber keine diplomatische Schule... Und als er ging, hinterließ er keinen Generalstab, keinen sich selbst fortentwickelnden Organismus, sondern eine führerlose Maschine.“

In diesen Gedankenängeln ist sicherlich viel richtiges enthalten. Und man könnte sich völlig mit Spengler einverstanden erklären, wenn er nun zu der Folgerung käme, daß das Berufsbeamtentum, dessen Vorräte neben denen des Offizierskorps er wohl anerkennt, und dessen Angehörige er als den zweiten gelungenen Typ Preußen-Deutschlands bezeichnet, aus seiner bisherigen Linie heraus im modernen Sinne weiterentwickelt werden müsse. In dieser Schlussfolgerung kommt er aber nicht, sondern seine Vorliebe für den Offizier läßt ihn das Ziel für die Schaffung des künftigen Verwaltungsbeamten darin sehen, die Grundgedanken der Erziehung des Deeres durch Wolke auf den künftigen Staatsdienst zu übertragen. Er fordert also in Unkenntnis der Dinge: Abschaffung der lebenslänglichen Anstellung, ein Grundgehalt für alle Beamten mit Leistungszulagen, intensive Charakterbildung, individuellste Ausbildung, Erziehung zur schrankenlosen Verantwortungsbewusstheit und Beförderung ohne Rücksicht auf Vor- und Ausbildung.

Man kann Spengler nicht ganz den Vorwurf eripieren, daß er sich durch seine Vorliebe für einen Berufsstand zur Verächtlichmachung mit einem anderen hat verhalten lassen, dessen Organismus und Zweck ihm nicht ganz vertraut zu sein scheint. Man kann Offiziere und Beamtenhand in ihrem Verhältnis zum Staate nicht völlig miteinander vergleichen und deshalb meines Erachtens auch nicht die Grundgedanken der Erziehung des einen auf den anderen übertragen. Wohin man z. B. kommen sollte, wenn man bei der Entscheidung schwieriger juristischer Fragen die schnelle Entschlossenheit des militärischen Führers anwenden wollte, wäre gar nicht ausgedenkt. Und es hat wohl Sinn und Zweck, wenn man Gerichte kollegial — wie sie Spengler bekämpft — und nicht nur mit Einzelrichtern — wie er sie für am zweckmäßigsten hält — besetzt. Im militärischen Leben, wo alles auf Schnelligkeit der Entschlüsse beruht und von einem Bözern Leben und Sterben von Tausenden abhängen kann, kann man natürlich nicht viele Sinne gebrauchen. Im übrigen dürfte Spengler irren, wenn er die meisten Verwaltungsbehörden als kollegial gegliedert annimmt. Gerade Finanzämter, Eisenbahndirektionen und Ministerien, die er nennt, sind bürokratisch und nicht kollegial aufgebaut. Es entspricht also nicht ein Kollegium, sondern der Vorgesetzte des Finanzamtes, der Eisenbahndirektionspräsident und der Minister.

Ganz ungeheuerlich erscheint die Forderung der Beförderung ohne Rücksicht auf Vor- und Ausbildung, die sogar in dem Verlangen altpflicht, ein Telegrammbote müsse in drei Jahren Staatssekretär werden können. Diese Vorbe-

rumg ist gestellt im Hinblick auf den 25jährigen Minister Pitt und die Generale Bonapartes. Man kann sich eines leichten Schälens nicht erwehren, wenn man diese Ausföhrungen eines Mannes liest, der mit Recht verlangen kann, daß ihn seine Mitmenschen ernst nehmen. Glaubt Spengler wirklich, die Zellen Pitts und Napoleons mit den heutigen Verhältnissen zu können? Glaubt er, daß heute noch Marschälle von einigen 20 Jahren möglich wären? Und ist er wirklich der Meinung, daß die gewaltige Maschinerie eines modernen Ressorts, von dessen Angehörigen er die umfassendste Bildung auf allen Gebieten und die genaueste Kenntnis des wirtschaftlichen Lebens verlangt, nur von einem intelligenten Kopf ohne langjährige Erfahrungen im Gange gehalten werden kann? Das ist nach meiner nicht ganz kurzen Ministerialerfahrung einfach ganz ausgeschlossen. Ein solcher Staatssekretär wäre ebenso abhängig von seinen Referenten, wie mancher auch noch so kluge parlamentarische Minister es ist und meistens bleibt, da ihm die Zeit zur Einarbeit fehlt oder er vor parlamentarischer Betätigung nicht dazu kommt.

Vollkommen aber ist es und bedeutet eine völlige Verkennung des Berufsbeamten-tums als feste Stütze des Staates, wenn Spengler verlangt, die scheinbar jederzeitige Entlassung des Offiziers auf das Verhältnis des Beamten zum Staat zu übertragen. Voraus-gesetzt muß werden, daß die Anstellung des Offiziers ebenfalls auf Lebenszeit geschah, und daß die häufig frühzeitige Entlassung stets mit Dienstunfähigkeit begründet wurde, also mit einer Eigenschaft, die auch die Zwangs-pensionierung des Beamten zur Folge haben muß. Im Offizierkorps, dessen Angehörige schwere körperliche Anstrengungen dienlich er-tragen mußten, waren aber die Anforderungen an die Dienstfähigkeit infolge dessen größer und die Entlassungen so zahlreich, daß es noch außen hin den Anschein hatte, als ob gegenüber den Beamten eine Anstellung auf Lebenszeit nicht bestünde.

Im Berufsbeamtentum dagegen konnte auch der körperlich schwache Beamte, falls seine geistigen Fähigkeiten ausreichten, bis zum 65. Lebens-jahre im Dienste bleiben.

Wenn Spengler annimmt, daß die Sicherheit der lebenslänglichen Anstellung vernichtend auf die Leistungen des Beamten, die Möglichkeit der jederzeitigen Verabschiedung fördernd auf die des Offiziers einwirkt, so möchte ich demgegenüber einwenden, daß diese These doch recht einseitig ist. Ja, wenn es keine Beförderungen und damit Erfüllung des Ehrgeizes und materieller Besserstellung gäbe, könnte man sich damit ein-verstanden erklären. So aber waren und sind zu viele Anreize zur Schaffung von Spitzen-leistungen gegeben, daß die Drohung jederzeitiger Kündigung nicht noch herbeigezogen zu werden braucht. Im Gegenteil, diese Anstellung auf Kündigung wäre das sicherste Mittel, die Kontinuität der Verwaltung und die ruhige Sicherheit des Staates zu erschüttern. Denn in dem Augenblick, in dem man den Beamten zum Angestellten macht, kann man ihm das Strei-ckrecht, durch dessen Anwendung die Staats-maschine jederzeit zum Stillstand gebracht werden kann, nicht vorenthalten, oder man muß ihn außerhalb des Reiches der Arbeitnehmer stellen, wie den Offizier behandelnd und die Arbeits-niederlegung als Fahnenflucht verfolgen. Auch an diesem Beispiel dürfte zu ersehen sein, wie falsch es ist, Offiziere und Beamte mit gleichem Maßstabe messen zu wollen.

Im übrigen möchte ich Spengler Recht geben. Man soll nicht, wie es in einzelnen Verwaltungs-organen heute noch geschieht, nur nach der Dohsentour befördern. Man soll Qualitätsarbeit andern entlocken, als man es heute tut, und man soll den künftigen Verwaltungsbeamten eine Auszubildung geben, die es ihm ermöglicht, das Wirtschaftsleben zu verstehen und zu för-bern. Dann aber schaffe man Charaktere und verantwortungsbewusste und freundliche Persönlichkeiten, was aber nur möglich ist, wenn man die Verwaltung nicht in Verfügungen der Zentralbehörden ertrinken läßt und auch für die gleichgültigsten Dinge Richtlinien gibt. Nur bei einer gesunden und weitgehenden Dezentralisation der Geschäfte

kann der selbständig handelnde Beamte heran-wachsen. Sonst bleibt er der Handlanger einer verstaubten Bürokratie.

**Millerand meldet sich.**

(Von unserem Pariser Vertreter.)  
W. S. Paris, 12. Nov.

Schon seit längerer Zeit war in französischen politischen Kreisen die Rede von einem Wieder-aufreten Millerands in der französischen politi-schen Arena, um hauptsächlich gegen Herriot und seinen Vinsbünd zu ziehen. Es hat sich nun in der Tat unter Bezeichnung „national-republikanische Liga“ die gesamte Rechtsopposition, oder wenigstens ein großer Teil davon, unter Millerand neuorganisiert und ist mit einem großen Aufbruch in die Öffentlichkeit getreten, in dem die innere und äußere Poli-tik des Vinsbünds als völlig verfahren und gescheitert bezeichnet wird. Der Präsident der neuen Liga ist Millerand selbst. Zum geschäfts-führenden Direktorium gehören u. a. folgende Politiker: Francois-Marial, Senator, ehemali-ger Ministerpräsident, Isaac, ehemaliger Han-delsminister, Le Troquer, Abgeordneter, ehe-maliger Minister der öffentlichen Arbeiten, Maginot, Abgeordneter, ehemaliger Kriegs-minister; Marin, Abgeordneter, ehemaliger Mi-nister der freien Gebiete, Reibel, Abgeord-ner, ehemaliger Minister der freien Gebiete.

Auffallender Weise also gehört Poincaré nicht zum Vorstand dieser neuen Liga, was im-merhin allerlei Schlüsse auf die tiefgehende Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und Mil-lerand zuläßt. Die Rechtspreffe begrüßt diese Gründung natürlich mit besonderer Freude, als Willensbündung gegenüber dem Vinsbünd. Endlich, so schreiben die Blätter der Rechten, wird der Widerstand organisiert, der Horizont klärt sich auf, und die Hoffnung auf eine Rück-kehr zu einer Republik, deren demokratische Re-gierung im allgemeinen Interesse wie im Inter-esse des wiedererlangten Friedens regiere, kehrt wieder.

Der „Figaro“ schreibt: Die Erklärung der republikanischen Union des Senates und der Aufruf der national-republikanischen Liga sind keine unmittelbare Heilmittel für den gegen-wärtigen schlimmen Zustand. Sie enthalten Heilungsmöglichkeiten, man spürt die nahehe Revolution. Männer erheben sich, um den Weg zu sperren, ihr Vorgehen muß das Vertrauen wieder herstellen.“ Das „Echo de Paris“ be-grüßt das Wiedererwachen des französischen Geistes, der an jenem Unglückstage des 11. Mai gekämpft, geködert, entsetzt und überwältigt worden sei. Der Aufruf der national-republi-kanischen Liga an die Nation entspräche dem wahren Gefühl des Volkes.

Es liegt auf der Hand, daß der Reaktionspre-sser dieses Manifest Millerands nicht gerade sehr erwünscht kommt. Trotzdem muß es auf-fallen, daß die französische Vinspreffe dieser Kundgebung im allgemeinen nicht allzu große Bedeutung beizulegen scheint. Das „Deuvre“ schreibt aus dem Joeben von Millerand ver-öffentlichten Manifest in der Beirätigung. Am Vorabend der Anteilnahme der öffent-lichen Meinung betören. Glücklicherweise er-reichte er sich nicht mehr der geringsten Autorität, die Wähler, die am 11. Mai seine Politik verurteilt hätten, begriffen, daß nur die Rankine einem Mann befehle, der alle Ursache habe sich in die Schweigenssamkeit zurückzuziehen. Das Blatt „Victoire“ schreibt: der Aufruf sei timo-nade, es sei zu schwach und es sei nicht zu lau-ben, daß er einen großen Erfolg habe.

Man wird mit dieser neuen Liga der franzö-sischen Chauvinisten und Uebernationalisten sich noch vielfach zu beschäftigen haben. Der Liga steht zweifellos sehr viel Geld zur Verfügung, ihr Einfluß wird nicht zu unterschätzen sein. Diese Liga Millerands hat sich auch bereits ein eigenes Organ geschaffen, sie hat den „Avenir“ angekauft, und beschäftigt das Blatt als ihr eigentliches Parteiorgan reich auszugestalten. Die französische öffentliche Meinung steht vor-läufig der ganzen Angelegenheit noch ziemlich indifferent gegenüber. Dem Vinsbünd aber er-

macht ein Gegner, den die französische Re-gierung selbst am allerwenigsten unterschätzen zu dürfen glaubt. Denn der „Avenir“ selbst sagt es ganz deutlich, jetzt handle es sich darum, allen denen die Augen zu öffnen, die nicht sehen wollten. Sie sollten durch diese Kundgebung aus ihrer Gleichgültigkeit herausgerissen wer-den; unverzüglich müßten jetzt alle Anstrengun-gen gemacht werden, um die Gelter zu wecken und sie zu führen. Der Kampf, der jetzt ein-geleitet sei, sei ein Kampf der Tricolore gegen die Rote Fahne.

**Moskaus Schulden an Frankreich.**  
20 Milliarden Goldfranken.

Die de jure-Anerkennung der Sowjetregierung hat übrigens auf die russische Abteilung der Börse, wie der Berichterstatler des Manchester Guardian Commercial meldet, nicht den geringsten Eindruck gemacht. Den über eine Million zählenden französischen Besitzern von russischen Aktien wurde keine Hoffnung gemacht, daß ihnen in absehbarer Zeit auch nur ein Bruchteil ihres Kapitals infolge der Anerkennung zurück-bezahlt würde. Herriot hofft dadurch nur reich-liche und billige Rohstoffe und Rohmateri-alien zu finden, wenn nicht die Kreditfrage sich hindernd in den Weg stellt.

Interessant ist besonders, zu erfahren, wieviel Kapital der französische Sparer Rußland zur Verfügung gestellt hat. Kurz nach dem Krieg zirkulierten in Frankreich im Wert von 6932 Millionen Goldfranken russische Staats-scheine, russische, vom Staat garantierte Eisenbahnpapiere im Wert von 1800 Mil-lionen, städtische Scheine in der Höhe von 518 Millionen. Dazu kommt die Staatsschuld der russischen Regierung an die französische im Be-trag von 5450 Millionen Goldfranken und 7 Milliarden Privatansprüche. Es handelt sich also um die Kleinigkeit von 20 Milliarden Goldfranken.

**Deutsches Reich**

**Konferenz über die Rentenbank-Kreditanstalt.**

1. München, 12. Nov. Wie die Telegraphen-Union erfährt, findet heute — Mittwoch — im Ministerium des Äußeren in München eine Besprechung über den Gegenstand der Renten-bank-Kreditanstalt statt, woran die Vertreter des Reichserährungsministeriums teilnehmen wer-den. Bekanntlich nimmt die bayerische Regierung zu der ganzen Frage eine ablehnende Haltung ein.

**Zu den Berliner Besprechungen der Finanz-minister.**

1. München, 12. Nov. Im Rahmen einer Pressekonferenz hat gestern nachmittag der Fi-nanzminister Dr. Krausnick Mitteilungen über die Berliner Finanzministerbesprechung gemacht und dabei u. a. betont, er bezweifle, ob es hin-reichend der Auslandsangelegenheiten zu ge-meinsamen Richtlinien zwischen dem Reich, den Ländern und Gemeinden kommen könne. Be-züglich der eingetretenen Steuerermäßigun-gen stellte der Minister in Frage, ob die angeführten Preissteigerungen wirklich erreicht werden, wenn nicht das ganze Problem von Grund auf anders behandelt werde. Immerhin gibt er sich der Hoffnung hin, daß die Steuerersätze durch die mit dem Steuernach-lag verbundene Hebung der Wirtschaft herin-gebracht werden.

**Die Gefangenen im Zweibrückener Militär-gefängnis.**

1. Zweibrücken, 11. Nov. Da in das franzö-sische Militärgefängnis in Zweibrücken wieder-um 65 politische Gefangene, die bisher in dem französischen Gefängnis in Dermerstheim in Ost waren, eingeliefert worden sind, ist die Zahl der französischen Militärgefangenen in Zwei-brücken befindlichen Gefangenen wieder über 100 gestiegen.

**Verurteilung von Kommunisten.**

1. Plauen, 12. Nov. Das gemeinsame Schöff-en-gericht verurteilte acht Kommunisten, die beid-

igt sind, am Abend des 11. April im Schützen-haus zu Lebnitz eine Wahlversammlung des Volksfrontblocks unter Anwendung von Gewalt-tätigkeiten verhindert zu haben, zu Gefängnis-strafen von drei Monaten bis 1 Jahr. Zwei An-geklagte wurden drei Jahre Bewährungsfrist zu-gebilligt.

360 000 Mark unterschlagen.  
1. Berlin, 12. Nov. Der Justizobersekretär Oster in Rönne ist nach Unterschlagung ihm anvertrauter Amisgelder, deren Betrag auf 360 000 Mark geschätzt wird, geflüchtet. Oster war ständiger Gast auf den Rennplätzen und soll großen weiblichen Anhang gehabt haben.

**Einheitliche Regelung der Passgebühren.**

Am letzten Montagabend haben wir unter obiger Überschrift eine Meldung des Nachrich-tenbüros Telegraphen-Union veröffentlicht. Die Deutsche Pachtelle für Ausländer in Karlsruhe schreibt uns dazu, daß diese Nach-richt irreführend ist. Die Pachtelle schreibt u. a.: Der Umstand, daß verschiedene Personen sich mit Bezug auf den in Ihrer Zeitung erschienenen Artikel „Einheitliche Regelung der Pass-gebühren“ an die Pachtelle gemandt haben und dabei festgehalten werden konnte, daß der Artikel irreführend gewirkt hat, veranlaßt mich, folgen-des klarzustellen:

Im dem Artikel wird der Ausdruck „Auslands-aufenthalt“ gebracht, der allgemein so aufgefaßt wird, als ob es sich um einen Aufenthalt bei einer Staatsangehöriger im Auslande handelt. Tatsächlich aber ist die Rede von Ausländern, welche nach dem Reichsgebiet kommen. Was aber der Artikel nicht berührt, ist die für Baden wich-tigste Frage des Verkehrs mit Frank-reich, für den leider noch ziemlich hohe Gebüh-ren bestehen. So kostet eine einmalige Einreise, Durchreise oder Hin- und Rückreise, allerdings ohne Rückfahrt auf die Dauer, 21 M., was den von der französischen Regierung festgesetzten Satz von 100 Frs. (= 25 Goldfr.) entspricht. Die Ge-bühren für Dauerfahrten entsprechen entspre-chen den im Verkehr mit andern Ländern zur Berechnung gelangenden Beträgen. Es wäre zu wünschen, daß im Verlauf der zurzeit stattfinden den wirtschaftlichen Verhandlungen ein Einlen-ken der französischen Regierung auch in der Gebührentabelle erwartet werden darf, um da-durch wenigstens die von der deutschen Regierung in der Passfrage angeforderte Einheitlichkeit end-gültig zu erzielen.

Zur Passregelung zwischen Deutschland und Frankreich werden wir unterrichtet, daß die tatsächlichen Verhältnisse folgendermaßen liegen: Die österreichische Regierung u. a. hatte die Absicht gehabt, ihre neuen niedrigen Sichtver-merksgebühren, die in einem neuartigen Wirt-schaftsverfahren erhoben werden sollen, in Deutschland einzuführen. Die deutsche Regierung, die erst im Juli d. J. nach langen Bemühungen einheitliche Gebühren durchgesetzt hatte, denen sich die meisten fremden Staaten im Wege der Gegenwärtigkeit angeschlossen haben, ist unter den gegenwärtigen Umständen leider nicht in der Lage gewesen, dem österreichischen Beispiel zu folgen. Daraufhin hat sich die österreichische Behörde schaft genötigt gesehen, aus Respekt vor ihre Gebüh-ren zu erhöhen, wobei sie doch bei dem Wirt-schaftsverfahren geblieben ist.

**Aus dem Wahlkampf.**

**Der Gegensatz zwischen Bayerischer Volkspartei und Zentrum in der Pfalz.**

1. Ludwigshafen, 11. Nov. Trotz der Ein-gangsverhandlungen zwischen dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei und trotz der in dem neuen Einigungsprotokoll enthaltenen Bedingung, daß die beiden Parteien in der Pfalz einen gemäßigten Wahlkampf führen sollen, haben sich die Gegensätze der beiden Parteien in der Pfalz durch scharfe Preßpolemiken in der letzten Zeit weiter verschärft. Der „Pfälzer Volksbote“, ein Organ der Bayerischen Volkspartei der Pfalz, erklärt, daß die nächsten Wochen der Pfalz einen Wahlkampf bringen werden in einer Schärfe, wie kaum zuvor. Das Blatt erinnert daran, daß schon bei dem letzten Wahlkampf im Mai in der Pfalz eine bisher

**Das Silberrätzel.**

Von Karl Gillingger (München).

Wenn noch jemand einen Zweifel daran hätte, daß in jedem erwachsenen Menschen ein Kind steckt, dann müßte ihn die Beliebigkeit der Silber-rätzel eines Besseren belehren. Immer wenn ich in der Elektrischen oder in der Eisenbahn einen Mitmenschen über einem Silberrätzel brüten und den gequälten Bleistift nachsinnend ablesen sehe, denke ich mir: „Rein, die Welt ist doch nicht so schlecht, wie uns die Bleistifte weiß machen wollen! Solange die Menschheit noch Silber-rätzel löst, verzweifle ich nicht an ihr!“

Und doch hat mir so ein Silberrätzel einen Heidenrath mit meiner Reife befehrt. Das kam so:

Reulich übertraute ich die Reife dabei, wie sie gerade einem solchen Rätzel die Gistabne aus-zuziehen bemüht war. Mehrere Bestandteile hatte sie schon erraten, aber einige Worte fehlten ihr noch. Ich hebe dies mit besonderem Wohl-gefallen hervor, denn es kommt nicht oft vor, daß ihr die Worte fehlen. In dem Silberverzeichnis hatte sie schon erschrecklich gehauft, achtzig Pro-zent Silber hatte sie mit dem Bleistift durch-gestrichen, aber unter die Hälfte davon wieder zwei Pünktchen gemacht (die galten also wieder), und nur ein Hellerche mochte wissen, welche Sil-ben noch verwendungsstäftig und welche endgültig d. u. waren.

Nun mag ja Bleistiftanfichten eine ganz nahr-hafte Beschäftigung sein, aber immerhin, ich weiß mir eine bessere Beschäftigung für ein Mäd-chenmädchen, ich beugte mich also zu ihr nieder, — aber statt ihre Lippen zu spüren, blöte sie mir entgegen: „Weißt du einen männlichen Vor-namen, der mit Mi anfängt?“

„Mit mi? Mühsch!“ sagte ich. „Das heißt, ein eigentlicher Vornamen ist es nicht, aber er wird wohl öfters als Anrede gebraucht.“

„Bitte, mach keine Dummsheiten!“ erregte sich die Reife. „Entweder du hilfst mir oder du läßt mich in Ruhe!“

„Also dann helfe ich dir! Edler sei der Mensch, hilfsreich und gut! Pakt Mittwoch wirklich nicht? Schade! Was fehlen dir noch für Worte?“

„Eine weibliche Figur aus einem Schillerschen Drama.“

„Das ist Frau Ballenkein!“ haß ich ihr.

„Oder Desdemona!“

Ich wußte natürlich ganz genau, daß die rich-tige Lösung Prinzessin Eoli hieß, denn eine weibliche Silberrätzelfigur aus einem Schillers-chen Drama ist immer die Eoli. Ich glaube, das haben die Silberrätzelmacher so miteinander ausgemacht; vielleicht steht es auch so im Tarif. Aber weil ich wollte, daß die Reife das Blatt mit dem Rätzel beiseite werfen und sich lieber der Zusammenfassung von Lippen widmen sollte, hatte ich Desdemona gelagt.

„Dummkopf!“ brummte die Reife. „Desdemona ist doch keine Schillerische Gestalt!“

„Ich weiß, mein Schatz! Aber vielleicht wollte es der Rätzel-Dintel bloß nicht so leicht machen.“

„Wie? Auch den Fluß in Afrika weißt du nicht?“

„Rein! Nil paßt nicht. Mit S muß er an-fangen.“

„Dann ist es der Schlagfluß! Der kommt auch in Afrika vor. Besonders wenn man das Klima nicht gewohnt ist. Leute z. B. wie Ranuf oder Krokodile über hundertneunzig Jahre —“

„Du quasselst ja!“ rief die Reife ärgerlich. „Du willst mich bloß irr machen!“

„Rein, küssen will ich dich!“ berichtigte ich. Je-doch sie stieß mich zurück; sie hatte jetzt nur für das wichtige Silberrätzel Sinn. „Kennst du eine amerikanische Filmchaupielerin?“

„Nicht persönlich. Aber mit Namen mehrere.“

„Nämlich?“

„Nun, zum Beispiel die Jackie Coogan.“

Die Reife sah mich groß an, so etwa, als ob bereits ein leise säuselnder Wind mit den Blät-tern des mit Reife unbeliebten Watschenbaumes spielte.

„Eine Chaupielerin!“ betonte sie scharf. „Jackie ist doch nicht weiblich!“

„Rein, er selbst nicht. Aber er reißt mit seiner Mutter. Vielleicht ist die Mutter gemeint?“

„Du bist ein Depp!“ erklärte die Reife. (Nun, um das festzustellen, brauchte es wirklich kein Silberrätzel.) Sie nahm überhaupt keine Notiz mehr von mir, vertiefte sich in die Aufgabe, sich Silben durch, dachte nach, machte Pünktchen drunter, strich die Pünktchen durch, dachte wieder nach, machte unter die durchgestrichenen Pünkt-chen neue Pünktchen, und wenn ich der Bleistift gemessen wäre, hätte ich schon mindestens zwanzig Pünktchen gehabt. Ich stand hinter ihr, sah ihr über die Schulter in das Blatt und murmelte: „Ein römischer Feldherr? Paß, wie leicht!“

„So?“ blökte die Reife auf. „Wie heißt er denn?“

„Quo vadis!“

Jetzt rauchte der Wind schon bedenklich im Watschenbaum. Ich dachte mir: wenn sie jetzt nur nicht aus dem Aichenbrödel zitiert „Däum-chen rüttel dich und schüttel dich!“

Und deshalb verhielt ich mich ganz ruhig. Die Reife kaute wieder an dem männlichen Vornamen herum und weil sie ihn gar nicht erraten konnte, fragte sie schließlich gereizt: „So denk doch mal nach! Weißt du gar keinen männlichen Namen?“

„Doch! Super!“

Da warf sie wütend den Bleistift hin. Jetzt hätte ich ihr ja mit eventueller Willensrichtigkeit den Ruf geben können, aber ich hielt es für gerate-ner, ihr nicht mit dem Gesicht zu nahe zu tom-men. Uebrigens dauerte es gar nicht lang, da ergriff sie den Bleistift wieder, starrte in das Blatt und seufzte: „Wenn ich wenigstens die An-fangsbuchstaben hätte! Sie sollen einen bekannten Auspruch Friedrichs des Großen ergeben!“

Ich blökte an die Dede, als ob ich in meinem Ge-hirn das Dinterste nach vorne wälzte, und sprach gefassen: „Ein bekannter Auspruch Friedrichs des Großen?“

„Halt, ich hab's! Bims die Säud mit Abrador!“

Und hiermit hatte ich den ersten Teil meiner Pflicht erreicht: die Reife legte das Blatt für die-ten Abend beiseite. Den zweiten Teil erreichte

ich allerdings nicht, ich bekam keinen Ruf, son-dern — hm — „die Vögel im Watschenbaum, die langen so wunder-munder schön“. Ich helfe niemandem mehr beim Silberrätzelraten. Man hat keinen Dank davon.

**Professor Lise Meitner, eine deutsche Frau Curie.**

Von Professor Paul Hüllermann.

Von allen gelehrten Frauen der Welt ist Frau Curie, von Geburt Polin, aber seit ihrer Jugend in Frankreich ansäßig, ohne Frage die berühmteste. Bedeutet schon der Nobelpreis eine ungewöhnliche Auszeichnung für jeden For-scher, so vereint diese Frau zwei Nobelpreise auf ihrem Haupt, den für Physik, den ihr die Entdeckung des Radiums eintrug, das so um-stürzend auf unsere physikalische Weltanschauung werden sollte, und den für Chemie, den sie für die Reinanreicherung dieses Stoffes erhielt, die auch vom Standpunkt der Chemie eine große Leistung bedeutete.

Es wäre falsch, die außerordentlichen und ein-jagartigen Verdienste, die sich diese Frau um unsere Forschung erworben hat, nicht beun-dernd anerkennen zu wollen. Aber auch wir Deutsche dürfen darauf hinweisen, daß auch wir eine Forscherin besitzen, deren Arbeiten auf dem gleichen Gebiet liegen und deren Erfolge sich mit denen jener berühmten Französin wohl vergleichen lassen. Lise Meitner, Professor am Kaiser Wilhelm-Institut für Chemie in Dahlem, hat vielleicht keine so überragenden, ihren Namen auch in weiteren Kreisen bekannt machenden Abfelleistungen aufzuweisen wie Frau Curie, aber sie kann auf eine schon viele Jahre andauernde, von ihr ständig währendem Erfolg gekrönte Forschungsarbeit zurückblicken, die ihren Namen in den eigentlichen Fachkreisen ebenso geschätzt erkennen läßt wie den ihrer berühmteren Schwester.

in diesem Ausmaße nicht gekannte Maitationsmethode eingesetzt habe, bei welcher das pfälzische Zentrum den Vogel abgeköhlt habe. Böger die Geldmittel dazu flossen, das habe man bis heute noch nicht erfahren dürfen. Jedenfalls seien sie aus der kleinen Pfalz kaum gekommen. Darauf erwidert die Neue Pfälzische Landeszeitung, das pfälzische Zentrum habe, das es keine Veranlassung und keine Verpflichtung habe, der Banerischen Volkspartei in diesen Dingen Rede und Antwort zu geben. Das pfälzische Zentrum frage ja auch nicht, woher der Pfälzer Volksbote die Mittel nehme, sich in Zweibrücken, Sombura, Landstuhl und auch in Sudwischhafen Kallalen, teilweise sogar mit eigenen Häusern, zu errichten, obwohl es kaum annehmen sei, daß der Pfälzer Volksbote aus seinem bisher kleinen Betrieb heraus derartige große Mittel plötzlich flüssig machen könne.

Die scharfen Beziehungen zwischen der Banerischen Volkspartei und dem Zentrum in der Pfalz scheinen auch zu einer Spaltung innerhalb der christlichen Arbeiterbewegung der Pfalz zu führen. Bei der katholischen Arbeiterliga der Pfalz, die vom Diözesanverband der katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine der Pfalz veranfaßt wurde, kam es zu schmerzlichen Differenzen, zunächst deshalb, weil der Sekretär mit den Vereinen abredete, die ihre Beiträge nicht bezahmt haben, und als der Antrag gestellt wurde, den Delegierten dieser Vereine das Stimmrecht zu entziehen. Der Verbandspräsident, Monsignore Walterbach-München, erklärte zwar wieder die sehr hochachtbaren Bogen über die Erneuerung. Am Anschluß an sein Referat über die katholische Arbeiterbewegung in der Pfalz, in dem er u. a. erklärte, daß nur eine liberative Politik für die katholischen Arbeitervereine als deutsche Politik in Betracht kommen könne, und daß die Berliner Zentralisationspolitik abgelehnt werden müsse, fand eine so förmliche Ausdrucksform statt, daß nach einem Bericht der „Neuen Pfälzischen Landeszeitung“ die Laagna auseinanderzubrechen, ohne eine Einigung erzielt zu haben. Der Verlauf dieser Laagna behält die Minderheit der Pfälzischen Volkszeitung“ ausgesprochenen Befürchtung, daß die christliche Arbeiterbewegung in der Pfalz, die in einem schönen Aufblühen stehe, darunter geht, wenn der Kampf zwischen Banerischer Volkspartei und Zentrum in der Pfalz nicht beieitigt werde.

fluß bei der Reichsregierung geltend zu machen und im Sinne vorstehender Entschlieung für die Beamten und Arbeiterschaft einzutreten.

2. An die Reichsregierung.

Die Vorstandskonferenz des Gesamtverbandes Deutscher Beamten und Staatsangehörigen (Deutscher Gewerkschaftsbund), Ortskartell Mannheim spricht ihre Mißbilligung aus über die Haltung des R.F.M. bezüglich der Gehalts- und Lohnverhandlungen. Die Beamten- und Arbeiterschaft erwartet von der Reichsregierung Verständnis für ihre Notlage und ist nicht gewillt, Versprechungen über eingeleitete Verbilligungsaktionen weiterhin entgegenzunehmen, nachdem nicht nur keine Verbilligung, sondern eine immer noch steigende Tendenz zu verzeichnen ist. Die Beamten, ganz besonders die der unteren Besoldungsgruppen und die Arbeiterschaft erwartet deshalb in aller Eile eine den Teuerungserhältnissen entsprechende Erhöhung der Löhne und Gehälter.

### Verschiedene Meldungen

**Wiedernotierung der Markt an der Kopenhagener Börse.**

1. Kopenhagen, 12. Nov. Die deutsche Mark ist gestern zum ersten Male wieder an der Kopenhagener Börse notiert worden. Der Kurs stellte sich für 100 Goldmark auf 185.40 Kronen.

**Ein Gedenkstift für die Opfer der Separatisten.**

3. Neustadt a. d. S., 11. Nov. Ein Gedenkstift für die am 8. November 1923 bei den Separatistenkämpfen getöteten Einwohner der Stadt Lambrecht wird in Lambrecht errichtet werden. Die Einwohnerhaft der Stadt Lambrecht hatte die Separatisten nach kurzer Schreckensherrschaft aus der Stadt vertrieben. Sehr undankbar dagegen hat sich die sozialistisch regierte Stadtverwaltung von Lambrecht gegenüber 2 Gemeindefreunden, dem Stadtdirektor Pflüger und dem Sparfassenrechner Bedder gezeigt, die während der Separatistenherrschaft in Lambrecht ausgediehen worden sind und die die Stadtverwaltung nach ihrer Rückkehr nicht mehr auf ihren früheren Posten einheßen will. Sparfassenrechner Bedder soll am 1. Januar 1925 vollständig aus dem Dienst der Stadt entlassen werden. Die Einwohnerhaft hält es im Gegensatz zu der sozialistischen Stadtverwaltung für eine moralische und erste Pflicht, den beiden Beamten, die für die Bevölkerung von Lambrecht gegen die Separatisten kämpften, ihre frühere Stellung wiederzugeben.

**Quaas deutschnationaler Spitzenkandidat in Sachsen.**

1. Berlin, 12. Nov. Wie die Deutsche Zeitung aus Chemnitz meldet, ist als Spitzenkandidat des deutschnationalen Kreiswahlvorschlages für die Westsächsischen Geheimrat Dr. Quaas aufgestellt worden.

**Die Teuerung.**

**Gesamtverband deutscher Beamten und Staatsangehörigen-Gewerkschaften.**

Eine am 10. November abgehaltene Vorstandskonferenz des Gesamtverbandes Deutscher Beamten und Staatsangehörigen (Deutscher Gewerkschaftsbund), Ortskartell Mannheim befahte sich eingehend mit den derzeitigen Verhältnissen der Löhne und Gehaltsempfänger des Reiches, der Länder und Gemeinden und sagte nach eingehender Aussprache folgende Entschlüsse zu:

1. An die Badische Landesregierung.

Die Notlage der Beamten und Arbeiterschaft ist ganz besonders in der letzten Zeit ins Unerträglichste getrieben, so daß mit den derzeitigen Entlohnungen eine Lebenshaltung unmöglich ist. Die immer noch weitersteigende Teuerung macht unbedingt eine finanzielle Besserstellung notwendig und kann die Konkrete die Haltung des R.F.M. bzw. dessen ablehnenden Standpunkt nicht verstehen und spricht hiermit ihre Mißbilligung aus. Die Beamten und Arbeiterschaft erwartet von der badischen Regierung mehr Verständnis für ihre Notlage und ganz besondere Würdigung der Verhältnisse des badischen Landes als Grenzland. Die Konferenz erucht die badische Regierung, ihren ganzen Ein-

fluß bei der Reichsregierung geltend zu machen und im Sinne vorstehender Entschlieung für die Beamten und Arbeiterschaft einzutreten.

2. An die Reichsregierung.

Die Vorstandskonferenz des Gesamtverbandes Deutscher Beamten und Staatsangehörigen (Deutscher Gewerkschaftsbund), Ortskartell Mannheim spricht ihre Mißbilligung aus über die Haltung des R.F.M. bezüglich der Gehalts- und Lohnverhandlungen. Die Beamten- und Arbeiterschaft erwartet von der Reichsregierung Verständnis für ihre Notlage und ist nicht gewillt, Versprechungen über eingeleitete Verbilligungsaktionen weiterhin entgegenzunehmen, nachdem nicht nur keine Verbilligung, sondern eine immer noch steigende Tendenz zu verzeichnen ist. Die Beamten, ganz besonders die der unteren Besoldungsgruppen und die Arbeiterschaft erwartet deshalb in aller Eile eine den Teuerungserhältnissen entsprechende Erhöhung der Löhne und Gehälter.

### Badische Politik

#### Zur Aenderung der badischen Verfassung.

Der Badische Beobachter schreibt:

„Die Volkspartei hat im badischen Landtag einen Antrag auf Aenderung des § 46 der Verfassung eingebracht. Sie erstrebt eine Bestimmung, die das Recht des Landtages, sich selbst aufzulösen, ausdrücklich festlegt. In der Tat hat die Verhandlung über den Antrag der Zentrumspartei, der die Auflösung des Landtags verlangte, bewiesen, daß die Bestimmung der Verfassung über die Landtagsauflösung nicht eindeutig ist und daß man daher, wenn man will, den Standpunkt vertreten kann, der Landtag habe das Recht der Selbstauflösung nicht. Wir halten zwar letzteren Standpunkt für falsch und in geradezu schreiendem Widerspruch stehend mit der demokratischsten Verfassung der Welt, der Weimarer Reichsverfassung, die das Recht der Auflösung sogar einem einzelnen Mann, dem Reichspräsidenten, gibt; demnach müßte es selbstverständlich sein, daß die Repräsentanten des Volkes im Landtag selber diese Körperlichkeit durch Mehrheitsbeschluß auflösen könnten, neben dem Recht des Volkes, auf dem Weg der Volksabstimmung den Landtag aufzulösen. Aber Selbstverhandlungselbstigkeiten werden ja, wie man erfahren hat, dann nicht anerkannt, wenn man verschwegene Gründe hat, die Selbstverhandlungselbstigkeiten nicht sehen zu wollen. Und daher ist der Antrag der Deutschen Volkspartei begründet in den Erfahrungen der letzten Tage. Ueber sein Schicksal kann noch nichts gesagt werden.“

### Ein großer Kommunistenprozeß in Heidelberg.

3. Mannheim, 12. Nov. Ein großer Kommunistenprozeß, bei dem 17 Kommunisten wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutz der Republik unter Anklage stehen, beschäftigt zurzeit das Große Schöffengericht in Mannheim. Es sind verstärkte polizeiliche Schutzmaßnahmen getroffen. Im Interesse der Staatssicherheit ist für die Dauer der ganzen Verhandlung die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Fast sämtliche Angeklagte, Jugendliche und ältere Leute mit verschiedenen Berufen waren Mitglieder der kommunistischen Kampforganisation und teilweise auch der Tische in Mannheim. Ende vorigen und Anfang dieses Jahres nahmen die kommunistischen Umsturzpläne in Mannheim sehr greifbare und feste Formen an; es war beabsichtigt, den gewaltsamen Umsturz durch eine Demonstration für den 8. Sudentag am 18. Februar einzuleiten, um dann Mitte Februar in Mannheim

#### die „Diktatur des Proletariats“

auszurichten. Es waren dazu von den kommunistischen Führern umfangreiche Maßnahmen getroffen, die vollständig militärischen Charakter hatten. Die Leitung lag in den Händen des Direktoriums des sog. kommunistischen Ordnungsdienstes, wie sich die Kampforganisation der Kommunisten nannte. Die ganze Stadt war in Sektionen eingeteilt, die Sektionen wieder in Hundertschaften mit Zug-Gruppen- und Untergruppenführern und Scher- und Dreiergruppen, selbst die Bildung einer Pioniergruppe war für die rote Armee in Mannheim vorgesehen. Diese proletarischen Hundertschaften verfügten reichlich über Waffen aller Art, Gewehre, Pistolen und vor allem Handgranaten, die zum Teil von den Angeklagten in einer Mannheimer Metallfabrik durch Einbruch gestohlen und dann

von Kommunisten mit Sprengstoff gefüllt wurden. Auch Bomben waren vorhanden. Die Mitglieder der kommunistischen Kampforganisation schützten auch die kommunistischen Versammlungen, die während der Zeit, in der die kommunistische Partei verboten war,

#### in den Wäldern in der Umgegend Mannheims

abgehalten wurden. Auch zu der geplanten Demonstration am 18. Februar sollten nach einem vorgefundenen Befehl vom 11. Februar Waffen ausgegeben werden, für die die Sektionsführer verantwortlich waren. Die kommunistischen Umsturzpläne konnten dadurch noch im Keime erstickt werden, daß es der Mannheimer Kriminalpolizei einen Tag vor der geplanten Aktion am 12. Februar gelang, die Kommunistenführer in ihrem Versammlungsort zum großen Teil auszuhäben und zu verhaften und große Waffenslager zu beschlagnahmen, worauf die Hauptrollenführer schleunigst aus Mannheim verschwanden.

Der Befehl, bei drohender Entdeckung Gefahr sofort die Stadt zu verlassen, war auch in den Instruktionen enthalten, welche den Mitgliedern der in Mannheim gebildeten Tische bei deren Gründung von einem Berliner Kommunisten erteilt worden sind. Nach diesen Instruktionen hatte

#### die Tische,

wie einer der Angeklagten offen zugab, die Aufgabe, Spindel und Verräter an der Partei zu überwachen, unjählich zu machen und zu beseitigen. Die Tische, die als Geheimpolizei-Organisation der Kommunisten fungierten und in die in Mannheim als Mitglieder nur ledige und kinderlose Kommunisten der leichten Beweglichkeit wegen, d. h. zur rascheren Verwerflichkeit der Flucht aufgenommen wurden, sollte sich nach den erhaltenen Instruktionen durch Raub und Diebstahl selbst finanzieren. Nach diesen Instruktionen hat auch die Mannheimer Tische gehandelt.

Zunächst war ein Raubüberfall auf einen Straßenbahnfahrer an der Endstation der Straßenbahn im Stadtteil Lindenhof geplant, dann die Herausgabe der Kasse des Mannheimer U.S.-Kinos und ferner ein Einbruch in das Hauptgeschäft der Lebensmittelhandlung Schreiber. Die nötigen Vorbereitungen zu diesen Raubplänen waren bereits getroffen. Der Kassierer des U.S.-Kinos wurde von 3 Mitgliedern der Tische unter Leitung des Anführers abends beobachtet und verfolgt, um eine günstige Gelegenheit zur Ausführung des Raubes auszuspielen. Ob der in der gleichen Zeit auf eine Filiale der Lebensmittelhandlung Schreiber durch drei maskierte bewaffnete Räuber ausgeführte Raubüberfall auf die Tische zurückzuführen ist, konnte bis jetzt nicht nachgewiesen werden, doch liegt die Annahme sehr nahe, zumal einer der Angeklagten unmittelbar nach dem Raubüberfall von einem anderen Mitglied der Tische benachrichtigt worden ist. Erwiesen ist aber, daß Mitglieder der Tische an dem Raubüberfall beteiligt waren, welchen eine Anzahl von Kommunisten, darunter mehrere der Angeklagten, mit Pistolen und Handgranaten bewaffnet, in den Geschäftsräumen der Süddeutschen Druckerei verübten, in deren Verlag vor dem Verbot die kommunistische Arbeiterzeitung gedruckt worden war. Bei diesem Einbruch wurden fünf Schreibmaschinen gestohlen, welche für Parteizwecke verwendet werden sollten.

#### Ein Schlaglicht auf

#### die Terrorabsichten der Kommunisten

auch in der gegenwärtigen Zeit warf die Aussage eines der Angeklagten, der zeitweilig aus der Untersuchungshaft entlassen worden ist, daß er vor einigen Tagen morgens in seiner Arbeitsstätte eine geladene Handgranate vorfand. Nach Ansicht des Anklagevertreters ist die Vermutung sehr wahrscheinlich, daß der Angeklagte, der aus der kommunistischen Partei ausgestrichen ist und von seinen früheren Genossen stark angefeindet wird, kurz vor der Verhandlung durch Drohung gewarnt werden sollte. Die Vernehmung der Angeklagten nahm einen ganzen Tag in Anspruch. Für die Verhandlung sind zwei Tage in Aussicht genommen. Das Urteil dürfte vor Mittwoch abend nicht zu erwarten sein.

### Die Teuerung.

#### Gesamtverband deutscher Beamten und Staatsangehörigen-Gewerkschaften.

Eine am 10. November abgehaltene Vorstandskonferenz des Gesamtverbandes Deutscher Beamten und Staatsangehörigen (Deutscher Gewerkschaftsbund), Ortskartell Mannheim befahte sich eingehend mit den derzeitigen Verhältnissen der Löhne und Gehaltsempfänger des Reiches, der Länder und Gemeinden und sagte nach eingehender Aussprache folgende Entschlüsse zu:

1. An die Badische Landesregierung.

Die Notlage der Beamten und Arbeiterschaft ist ganz besonders in der letzten Zeit ins Unerträglichste getrieben, so daß mit den derzeitigen Entlohnungen eine Lebenshaltung unmöglich ist. Die immer noch weitersteigende Teuerung macht unbedingt eine finanzielle Besserstellung notwendig und kann die Konkrete die Haltung des R.F.M. bzw. dessen ablehnenden Standpunkt nicht verstehen und spricht hiermit ihre Mißbilligung aus. Die Beamten und Arbeiterschaft erwartet von der badischen Regierung mehr Verständnis für ihre Notlage und ganz besondere Würdigung der Verhältnisse des badischen Landes als Grenzland. Die Konferenz erucht die badische Regierung, ihren ganzen Ein-

#### Kämpfe zwischen Albanien und Montenegro.

Belgrad, 12. Nov. Unter dem 11. Nov. meldet die „Pravda“ den Ausbruch von Krieggörungen zwischen Montenegro und Albanien. Die Ursache sei die Ermordung eines montenegrinischen Kreispräsidenten. Albanische Banden und mehrere Tausend Montenegroer marschierten in Richtung Bielopole-Verone. Die Verbindung mit dem Sandischal seien abgebrochen. Seiderseits seien zahlreiche Tote zu verzeichnen. Aus Sppek seien Truppen abgegangen, um die Ruhe wieder herzustellen.

#### Neuer Erderschlag in der Schweiz.

m. Berlioz, 12. Nov. Den Vllättern zufolge erfolgte gestern am Valence (Schweiz) ein neuer Erderschlag. Die provisorischen Umhegung und Umladeeinrichtungen wurden weggerissen. Die Telefonanlagen sind zerstört. Da der Eisenbahnverkehr aus der Gefahrenzone verlegt werden muß, werden die Züge von Zürich nach Ebur nur noch bis Neuenburg geführt, von wo die Reisenden auf der hoch am Berge gelegenen Landstraße im Auto nach Wählhorn befördert werden. An den Verhängen sind noch etwa 200 000 Kubimeter Erde in Bewegung, die sich erst lösen müssen, bevor die Aufräumungsarbeiten beginnen können.

#### Der Nachfolger von Lodge.

m. London, 12. Nov. Reuter meldet aus New York, daß Senator Vorah der wahrscheinliche Nachfolger von Lodge als Vorsitzender des auswärtigen Ausschusses des Senats sein wird. In einer Ansprache vor einer Frauerversammlung

über das, was wissenschaftlich als geringe Mengen zu betrachten seien. Aber den Daten geworfen. Denn mit der Spektralanalyse lassen sich Stoffmengen nachweisen, die keine Waage mehr anzeigen kann. Aber selbst diese Genauigkeit wurde unendlich übertroffen, als die radioaktiven Methoden in die Wissenschaft eingeführt wurden. Die Entdeckung eines Elektroskops, die Schwärzung einer photographischen Platte, in manchen Fällen auch das unter dem Mikroskop zu beobachtende Ausleuchten bestimmter Stoffe zeigen uns Mengen von einer geradezu unerhörten Winzigkeit an.

In diesem Gebiete ist unsere deutsche Frau Curie Meitner. Die meisten ihrer Untersuchungen hat sie gemeinsam mit ihrem Dablemer Kollegen Professor Otto Hahn angestellt, der ebenfalls eine der ersten Größen auf diesem Gebiete und ehemaliger Mitarbeiter des großen Rutherford ist, wohl des bedeutendsten lebenden Physikers. Ihre bekannteste gemeinsame wissenschaftliche Arbeit betrifft die Entdeckung eines neuen Elementes, des sogenannten Protactiniums. Bekanntlich hat uns die Radioaktivität die Verwandlung der chemischen Elemente in einander gelehrt; so wurde die Wissenschaft vor die Aufgabe gestellt, Stammbäume der radioaktiven Elemente aufzustellen. Vor der oben erwähnten Arbeit kannte man drei derartige Reihen, eine vom Uran eine vom Thorium und eine vom sogenannten Actinium ausgehende. Es war schon immer vermutet worden, daß die letzte Reihe ein Seitenzweig der ersten sei. Aber der Nachweis wollte nicht recht gelingen. Er wurde durch die Entdeckung des Protactiniums geführt, durch das die noch vorhandenen Stufen geschlossen wurden. Um die ungemein großen Schwierigkeiten eines solchen Vorgehens zu verstehen, muß man bedenken, daß die Wirkungen aller radioaktiven Stoffe, durch die allein sie erkannt werden können, ihrem Wesen nach völlig gleich sind und sich nur durch ihren verschiedenen Grad unterscheiden.

Die Stärke dieses Grades der Wirkung zu erkennen, ist deshalb so außerordentlich schwierig, weil zunächst immer ein Gemenge verschiedenartiger, sich in einander verwechselnder Stoffe vorliegt, deren Trennung eben die Aufgabe des Forschers ist. Dabei handelt es sich meist um Mengen, die so winzig sind, daß die chemischen Trennungsvorfahren versagen.

Bemerkenswert ist, daß sich Eise Meitner keineswegs nur durch ihr ungewöhnliches experimentelles Geschick, die Sorgfalt und die Geduld ihrer Arbeiten auszeichnet, sondern auch durch die Kühnheit ihrer Gedanken. Auch hierüber noch einige Bemerkungen: Durch die mannigfaltigsten Tatsachen, vor allem durch die erwähnten radioaktiven Verfahren, ist unsere Physik zu der Ansicht gekommen, daß jedes Atom eine Art Planetensystem mit einem elektrisch positiven Kern in der Mitte ist, um den elektrisch negative Einheiten umlaufen, wie die Planeten um ihr Zentralgestirn. Aus den verschiedensten Tatsachen können wir mancherlei Schlüsse über Zahl und Art dieser winzigen Planeten ziehen, aber der Kern im Innern des Atoms ist uns im wesentlichen ein großes Rätsel. Wir wissen, daß er zusammengepreßt ist, denn die radioaktiven Vorgänge zeigen seinen Zerfall. Aber über die Art dieser Zusammenziehung können wir nur Vermutungen aufstellen, und auch dies ist ungewiss, weil im Innern des Kerns uns noch unbekannte Kräfte zu herrschen scheinen. Gerade auf diesem schwierigen Gebiet hat Eise Meitner in einer Reihe allgemein geachteter Arbeiten neue Wege gewiesen. Es ist ihr nämlich gelungen, aus der Reihenfolge sowie aus den Begleitumständen der einzelnen radioaktiven Zerfallerscheinungen Schlüsse über die Natur des Kerns zu ziehen, aus dem sie hervorgehen. Noch freilich birgt diese ganze Erleuchtungswelt trotz aller Erfolge, die die Forschungen der letzten zwei Jahrzehnte gebracht haben, eine ungeheure Zahl von Rätseln. Der Gegenwart und der Zukunft bleibt noch viel zu tun. Aber

unter den Forschern, die immer tiefer in diese geheimnisvollen Rätsel der Natur eindringen, wird der Name von Fräulein Eise Meitner stets in vorderster Reihe genannt werden.

### Fallobst vom Baum der Zeit

#### Von A. Siemers.

Der 1824 in Hamburg geborene Nechenweiser Zacharias Dose konnte mit einem einzigen Bild die Zahl der Ziegel auf einem Dach zutreffend abschätzen.

Der Jahresverbrauch der Menschheit an Kaffee beträgt fast fünfviertel Milliarden Kilogramm. Ein Drittel von der Kaffeeerzeugung wird von den Vereinigten Staaten verbraucht. England hatte bisher nur einen Bruchteil des deutschen Kaffeekonsums aufzuweisen, nämlich 14 Millionen Kilo.

In der Zeit der schlimmsten deutschen Kleinhaaterei war es möglich, daß ein Herr von Fleming auf Weizsig das Gebiet der Herzogin von Sachsen-Weizsigs mit Krieg überzog; er bot dazu seine gesamte Kriegsmacht in Stärke von dreißig Mann an.

Die ältesten uns bekannten europäischen Zahnbürsten stammten aus dem Jahre 1740. Die Chinesen als uraltes Kulturvolk sollen sie jedoch schon in alter Zeit gekannt haben.

Die Engländerin Elisabeth Watson hat es nur auf 70 Zentimeter Größe, aber auf über 150 Lebensjahre gebracht.

Erziehung zur Gemeindepolitik.

Darüber besteht Klarheit, daß die neue badische Gemeindeordnung dem Mitglied des Bürgerausschusses kein großes Tätigkeitsfeld bietet.

Wenn die Gemeindebürger darüber vollkommen Bescheid wüßten, so wäre es wohl sehr schwer, ihr Interesse für die Gemeindegewalten zu wecken.

Aus Baden

Ein schweres Eisenbahnunglück. — Ein Todesopfer.

In Bruchsal, 12. Nov. (Trauerber.) Bei der Einfahrt des Güterzuges 6272 mit Personenbeförderung heute nacht 12 Uhr entgleiste ein aus dem Junc 6 Wagen, die zum Teil zertrümmert wurden.

Es wird noch berichtet, daß die Ursache in einem Achsenbruch zu suchen ist. Das Personenzugsgleise war durch den Unfall vollständig eingeebnet, so daß die Personen- und Schnellzüge über die Güterzuggleise geleitet werden mußten.

In Karlsruhe, 12. Nov. (Mittl.) Heute nacht 12.34 Uhr entgleiste bei der Einfahrt in den Bahnhof Bruchsal ein Wagen des Güterzuges mit Personenbeförderung Nr. 6272.

Eine Weltmeisterschaft für Automobile

wird durch den Automobil-Klub von Italien in Vorschlag gebracht. Diese Tatsache hat in der ganzen Automobilwelt treibenden Welt berechtigtes Aufsehen erregt.

Table with 4 columns: Bezeichnung der Klasse, Inhaltsinhalt in cem, Mindestzahl der Personen, Minimalgewicht in Kilos. Rows include Rennwagen, Sportwagen, and Tourenwagen with sub-classes A-G.

Der Personenverkehr wird unter Benützung der Gütergleise aufrechterhalten. Schnellzüge werden umgeleitet.

In Mannheim, 12. Nov. In der verflochtenen Nacht stürzte ein 82 Jahre alter Fuhrmann in einer Wirtschaft in Fachsenheim um.

In Seinsheim, 12. Nov. Das 4 Jahre alte Mädchen Elisabeth Serz erhielt einen Schrotschuß in den rechten Oberarm und ist an dessen Folgen in der Klinik in Heidelberg gestorben.

In Heidelberg, 12. Nov. Am nächsten Sonntag findet die Grundsteinlegung des neuen Kurhauses statt. Die Ausschachtungsarbeiten haben schon vor 3 Wochen begonnen.

In Ettlingen, 12. Nov. Durch Kurzsicht in der Wirtgeleitung ereignete gestern morgen die Blige 7.10 und 7.40 ab Ettlingen.

In Mülhlhausen (Heppau), 12. Nov. Gestern nacht brannte das Sägewerk von Otto Billinger zur Diefurimühle vollständig nieder.

In Baden-Baden, 12. Nov. Wie wir erfahren, beabsichtigt der Landesverband der badischen Hoteldindustrie und verwandter Betriebe hier im Anschluß an die neuangehende höhere Handelsschule eine höhere Hoteldienstschule zu erstellen.

In Karlsruhe, 12. Nov. Zwei übermüdete 15-jährige Burken, Schüler der höheren Handelsschule, griffen am Sonntag nachmittag einen abgelenkten, von einer Telefonbahn herunterhängenden Draht auf und warfen ihn in einer Straße über die Gasse und Bahnwege in einen angrenzenden Garten.

In von der Schwarzwaldbahn, 12. Nov. Die Städte des oberen Ruzigales haben ein dringendes Gesuch an die Reichsbahndirektion Karlsruhe gerichtet wegen Verbesserung der Verbindungen der Strecke Darsach-Wolfach-Freudenstadt und Schramberg.

In vom Belchen, 12. Nov. Das Belchenhaus hat seinen Wirtschaftsbetrieb für die Dauer der Wintermonate eingestellt.

In Billingen, 12. Nov. In den nächsten Tagen können hier die Eheleute Max Steiger und Josef Frank das Fest der goldenen Hochzeit begehen.

In von der Schweizerischen Grenze, 12. Nov. In Billingen bei Schaffhausen ist am Montag früh in einem aus drei Häusern bestehenden Komplex Feuer ausgebrochen.

Aus Nachbarländern

In Sigmaringendorf, 12. Nov. Durch Feuer wurde das Anwesen des Ritters Leo Duffner zerstört. Sämtliche Heu- und Futtermittel wurden ein Raub der Flammen.

Aus dem Stadtkreise

Die Kunst des Eislaufs" im Film. Die Badischen Tischspiele zeigen auf Anregung des Eislauf- u. Tennisvereins zur Zeit den Film "Die Kunst des Eislaufs".

Standesbuchausgabe. Sterbefälle. 11. Nov.: Siegfried Sueder, Photograph, alt 82 Jahre; Josef Brenner, Lokomotivführer, 62 1/2 Jahre.

Schule und Kirche

Der Lehrplan der höheren Schulen in Preußen.

Berlin, 11. Nov. Ueber die Festlegung der endgültigen Stundenpläne durch den preussischen Unterrichtsminister teilt der Amtl. preuss. Presse-

Gerichtssaal

In Heilbronn, 12. Nov. Beim Böllerfesten anlässlich des Fronleichnamfestes in Biberach, das ohne Billigung der kirchlichen Behörde stattfand, verunglückten bekanntlich mehrere Personen.

Briefkasten

(Antwort kann nur erteilt werden, wenn der Anrufer die letzte Nummernzahl mitteilt.)

Vom Wetter

Wetternachrichten des badischen Landeswetterdienstes Karlsruhe Mittwoch, den 12. November 1924.

Table with 3 columns: Station, 12. November, 11. November. Rows include Karlsruhe, Heilbronn, and Mannheim with temperature and precipitation data.